

Wahlprüfstein 7: Aus-, Fort- und Weiterbildungen, Fachberatung, Trägerqualität

- Wie würden Sie das Feld der Fachberatung stärken und standardisieren?
- Die Trägerschaft von Tageseinrichtungen für Kinder ist eine komplexe und verantwortungsvolle Aufgabe. Kernpunkt der Trägerverantwortung ist die Sicherstellung des Kindeswohls in der Einrichtung. Aktuell ist für die Übernahme dieser betriebserlaubnisrelevanten Aufgabe keine Qualifizierung notwendig. Wie wollen Sie diese Situation verändern?
- Was sind Ihre Vorstellungen zur landesweiten, verbindlichen Sicherstellung pädagogischer Qualität in Rheinland-Pfälzischen Kindertageseinrichtungen? (z.B. interne und externe Evaluationen)
- Wie können aus Ihrer Sicht eine größere Transparenz und eine haushälterische Sicherstellung eine gezieltere Verwendung beim Fortbildungsbudget in den Einrichtungen geschaffen werden?

Partei	Stärkung und Standardisierung Fachberatung	Qualifizierung für Trägerschaft	Landesweite Sicherstellung pädagogischer Qualität	Transparenz Fortbildungsbudget
CDU	Die CDU will Fachberatung als verbindlichen Bestandteil des Systems etablieren - mit klaren Standards, ausreichender Finanzierung und hoher fachlicher Qualität . Konkret: Verbindliche Qualitätsstandards für Fachberatung (Qualifikation, Fortbildung, Betreuungsschlüssel), Ausbau der Fachberatungsstellen (1:10-1:15 Einrichtungen), Landesfinanzierung für Fachberatung (nicht nur projektbezogen), Vernetzung und Austausch zwischen Fachberater*innen (Qualitätszirkel, Fortbildungen), Aufgabenprofil klar definieren (Beratung, Qualitätsentwicklung, Begleitung von Konzeptarbeit - keine Kontrolle).	Die CDU sieht Trägerqualität als zentralen Qualitätsfaktor und setzt sich dafür ein, dass Trägerverantwortung qualifiziert wahrgenommen wird. Konkret: Verbindliche Qualifizierung für Trägerverantwortliche (pädagogisches Grundwissen, rechtliche Rahmenbedingungen, Betriebserlaubnis, Personalführung), Trägerqualifikation als Voraussetzung für Betriebserlaubnis (nicht rückwirkend, aber für neue Träger verpflichtend), Unterstützung und Beratung für Träger (Fortbildungsangebote, Vernetzung, Beratungsstellen), Qualitätsentwicklung auf Trägerebene fördern.	Die CDU will verbindliche Qualitätsstandards für alle Kitas in RLP - unabhängig vom Träger. Konkret: Verbindliche Qualitätsrahmen (Personalschlüssel, Leitungszeit, Verfügungszeiten, räumliche Standards, pädagogische Konzepte), Interne Evaluation (regelmäßige Selbstevaluation mit definierten Instrumenten), Externe Evaluation (alle 5 Jahre durch unabhängige Stellen), Qualitätsberichterstattung (anonymisiert, landesweit, transparent), Unterstützung statt Sanktion (Qualitätsentwicklung fördern, nicht bestrafen).	Die CDU setzt sich für transparente und verbindliche Regelungen zum Fortbildungsbudget ein. Konkret: Verbindliche Mindesthöhe des Fortbildungsbudgets (z.B. 1-2% der Personalkosten), Zweckbindung (Budget darf nur für Fortbildung verwendet werden), Dokumentations- und Berichtspflicht (Träger dokumentieren Verwendung, berichten jährlich), Überprüfung durch Aufsichtsbehörden (stichprobenartig), Fortbildungsangebote zentral bündeln (Landesweite Plattform, Qualitätssicherung).
Die Grünen	Die Grünen wollen die Fachberatung durch den paritätischen Beirat weiter ausgestalten und stärken.	Die Grünen sehen, dass die Arbeit als Träger sehr anspruchsvoll ist und wollen deshalb die Fachberatung stärken , die insbesondere auch den Trägern zu Gute kommt. Darüber hinaus soll die künftige Qualitätsentwicklung durch einen paritätischen Beirat ausgestaltet werden.	Die Grünen wollen die pädagogische Qualität durch den paritätischen Beirat weiter ausgestalten.	Die Grünen wollen die Verwendung von Fortbildungsbudgets durch den paritätischen Beirat weiter ausgestalten.
Die Linke	Die Linke will Fachberatung als verbindlichen, landesfinanzierten	Die Linke fordert verbindliche Qualifizierung für	Die Linke will verbindliche Qualitätsstandards für alle Kitas in	Die Linke fordert transparente und verbindliche Regelungen

	Bestandteil des Systems etablieren. Konkret: Verbindliche Standards (Qualifikation, Fortbildung, Betreuungsschlüssel 1:10-1:15), Landesfinanzierung (nicht projektbezogen), Aufgabenprofil klar definieren (Beratung, Qualitätsentwicklung, Begleitung - keine Kontrolle), Vernetzung und Austausch (Qualitätszirkel, Fortbildungen), Fachberatung für alle Träger zugänglich (auch kleine, freie Träger).	Trägerverantwortliche. Konkret: Trägerqualifikation als Voraussetzung für Betriebserlaubnis (nicht rückwirkend, aber für neue Träger), Inhalte: pädagogisches Grundwissen, rechtliche Rahmenbedingungen, Betriebserlaubnis, Personalführung, Finanzierung, Unterstützung und Beratung für Träger (Fortbildungsangebote, Vernetzung, Beratungsstellen), Qualitätsentwicklung auf Trägerebene fördern.	RLP. Konkret: Verbindliche Qualitätsrahmen (Personalschlüssel, Leitungszeit, Verfügungszeiten, räumliche Standards, pädagogische Konzepte), Interne Evaluation (regelmäßige Selbstevaluation), Externe Evaluation (alle 5 Jahre durch unabhängige Stellen), Qualitätsberichterstattung (anonymisiert, landesweit, transparent), Unterstützung statt Sanktion.	zum Fortbildungsbudget. Konkret: Verbindliche Mindesthöhe (z.B. 1-2% der Personalkosten), Zweckbindung, Dokumentations- und Berichtspflicht, Überprüfung durch Aufsichtsbehörden, Fortbildungsangebote zentral bündeln.
FDP	Die FDP sieht Fachberatung als wichtiges Unterstützungssystem für Kitas und Träger. Fachberatung sollte praxisnah, verlässlich und auf Augenhöhe erfolgen. Die FDP befürwortet den Ausbau von Fachberatung, sieht aber die konkrete Ausgestaltung flexibel - wichtig ist, dass Fachberatung tatsächlich unterstützt und nicht zusätzlich belastet. Standards können hilfreich sein, sollten aber Raum für regionale und trägerindividuelle Lösungen lassen.	Die FDP erkennt an, dass Trägerverantwortung anspruchsvoll ist und Fachwissen erfordert. Die FDP ist offen für Qualifizierungsangebote für Träger, sieht aber eine verpflichtende Qualifikation kritisch, weil sie kleinere Träger, Elterninitiativen oder neue Akteure abschrecken könnte. Ansatz der FDP: Freiwillige Qualifizierung und Beratung fördern, Träger durch Fachberatung unterstützen, Best-Practice-Austausch zwischen Trägern ermöglichen.	Die FDP will Qualität sichern, ohne durch starre Vorgaben Innovation zu verhindern. Qualität entsteht durch gute Rahmenbedingungen (Personal, Räume, Konzepte) und durch professionelle Reflexion. Die FDP befürwortet interne Evaluationen, die von den Teams selbst gesteuert werden, und externe Evaluationen, die unterstützend und nicht kontrollierend wirken. Wichtig: Qualitätsentwicklung darf nicht zu zusätzlicher Bürokratie führen.	Die FDP setzt auf Transparenz durch Information und Dokumentation - nicht durch detaillierte gesetzliche Vorgaben. Träger sollten nachvollziehbar dokumentieren, wie Fortbildungsbudgets verwendet werden. Das kann durch jährliche Fortbildungsberichte geschehen. Die FDP befürwortet zentrale Fortbildungsplattformen, auf denen Angebote gebündelt und Qualität gesichert wird.
Freie Wähler	Bevor wir über Geld und Personal sprechen, müssen wir erst einmal die Fachberatung selbst auf den Prüfstand stellen - und damit auch die Eignung der Fachberater. Eine zentrale Frage ist für die Freien Wähler: Erfolgt die Beratung wirklich neutral oder wird eine bestimmte Agenda verfolgt? In diesem Falle wäre eine Standardisierung verhängnisvoll. Der Verweis auf wissenschaftliche Forderungen und den erforderlichen Ausbau der frühkindlichen Bildung reicht nicht aus. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Wissenschaft nicht zwangsläufig neutral ist. Politische Mitbewerber kommunizieren ja ganz offen, dass sie auch die Herrschaft über die Kinderzimmer haben wollen. Das machen die Freien Wähler nicht mit. Sie stehen für eine starke Familie und nicht für eine Ausbreitung der	Um diese Frage beantworten können, brauchen die Freien Wähler eine realistische Darstellung/Analyse aus Sicht der Fach- und Genehmigungsbehörden - und natürlich auch der Berufsverbände. Wenn es akuten Handlungsbedarf gibt, werden sich die Freien Wähler einer Reform nicht widersetzen. Dafür müssen wir aber zunächst aus der Praxis wissen, was konkret im Argen liegt. Eine Antwort mit Allgemeinplätzen hilft da wenig weiter.	Auch hier bedarf es einer gezielten Recherche und Analyse der Gegebenheiten - gern mit Beteiligung der Fachverbände. Erst dann können sinnvolle Instrumente einer Evaluation entwickelt werden. Wichtig ist, nicht zu viele Instrumente zu schaffen, sonst dreht sich alles um die Dokumentation für eine erfolgreiche Evaluation - und damit für mehr Bürokratie. Übrigens: Eine Evaluation/Zertifizierung pädagogischer Qualität schützt nicht vor Missständen. Wie sonst wären (die zugegebenermaßen seltenen) Übergriffe auf Kita-Kinder zu erklären?	Auch hier ist keine pauschale Aussage möglich. Grundsätzlich muss es einheitliche Vorgaben für die Verwendung von Fortbildungsbudgets geben. Das führt automatisch zu mehr Transparenz. Ein Beispiel aus der politischen Arbeit: Der Landesrechnungshof hat ganz klare Vorstellung, was für Fraktionen geht und was nicht - und wie eingesetzte Mittel vernünftig deklariert werden.

	"Berateritis". Das heißt aber nicht, dass sich die Freien Wähler grundsätzlich gegen eine Stärkung von Beratungsstellen aussprechen. Wenn dies aus rein fachlicher Sicht sinnvoll ist, müssen wir reden. Was die Freien Wähler aber nicht mitmachen: unter dem Deckmantel "Professionalisierung" weitere Stellen für Ideologen aus dem Elfenbeinturm schaffen. Wir brauchen wirkliche Experten mit einem reichen Erfahrungsschatz aus der Praxis .			
SPD	Die SPD will die Fachberatung stärken und setzt auf den paritätischen Beirat zur weiteren Ausgestaltung.	Die SPD sieht, dass die Arbeit als Träger sehr anspruchsvoll ist und will deshalb die Fachberatung stärken , die insbesondere auch den Trägern zu Gute kommt.	Die SPD will die pädagogische Qualität durch den paritätischen Beirat weiter ausgestalten.	Die SPD will die Verwendung von Fortbildungsbudgets durch den paritätischen Beirat weiter ausgestalten.
Tierschutzpartei	Die Tierschutzpartei fordert verbindliche Standards für Fachberatung (Qualifikation, Fortbildung, Betreuungsschlüssel 1:10-1:15), Landesfinanzierung , klares Aufgabenprofil (Beratung, Qualitätsentwicklung - keine Kontrolle), Vernetzung und Zugang für alle Träger .	Die Tierschutzpartei fordert verbindliche Qualifizierung für Trägerverantwortliche als Voraussetzung für Betriebserlaubnis (pädagogisches Grundwissen, rechtliche Rahmenbedingungen, Personalführung), Unterstützung durch Fortbildungen und Beratung .	Die Tierschutzpartei fordert verbindliche Qualitätsstandards, interne und externe Evaluationen (alle 5 Jahre), Qualitätsberichterstattung (anonymisiert, transparent) und Unterstützung statt Sanktion .	Die Tierschutzpartei fordert verbindliche Mindesthöhe (1-2% der Personalkosten), Zweckbindung, Dokumentations- und Berichtspflicht, Überprüfung und zentrale Fortbildungsplattform .
Volt	Volt fordert Fachberatung als verbindlichen, landesfinanzierten Bestandteil mit klaren Standards (Qualifikation, Betreuungsschlüssel 1:10-1:15), Aufgabenprofil (Beratung, Qualitätsentwicklung - keine Kontrolle), Vernetzung und Zugang für alle Träger .	Volt fordert verbindliche Qualifizierung für Trägerverantwortliche als Voraussetzung für Betriebserlaubnis (pädagogisches Grundwissen, rechtliche Rahmenbedingungen, Personalführung, Finanzierung), Unterstützung durch Fortbildungen und Beratung .	Volt fordert verbindliche Qualitätsstandards, interne Evaluationen (regelmäßig), externe Evaluationen (alle 5 Jahre), Qualitätsberichterstattung (anonymisiert, transparent), Unterstützung statt Sanktion .	Volt fordert verbindliche Mindesthöhe (1-2% der Personalkosten), Zweckbindung, Dokumentations- und Berichtspflicht, Überprüfung und zentrale Fortbildungsplattform .